

II-10131 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 50151J

1990 -02- 28

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Schranz, Mag. Brigitte Ederer, Ing. Nedwed
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Inneres

betreffend dringender Verdacht der nationalsozialistischen Wiederbetäti-
gung durch einen Angehörigen der Bundesgendarmerie

Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß es vor kurzem nach einer Beerdigung in Mauterndorf (Salzburg) zu einem offensichtlichen Akt der Wiederbetätigung gemäß dem NS-Verbotsgesetz gekommen ist. So soll u. a. von einem Grabredner festgestellt worden sein, daß die jüngsten Ereignisse im Osten ein Beweis dafür seien, daß man in Deutschland zwischen 1938 und 1945 "recht gehandelt" habe. Weiters soll der Redner festgestellt haben, daß dies nach Kriegsende nicht entsprechend anerkannt worden sei, weil damals die Rechtsprechung "auf der Seite der Sieger" gestanden sei.

Diese Äußerungen sind den genannten Pressemeldungen zufolge Anlaß dafür gewesen, daß der Geistliche die Trauerversammlung demonstrativ verlassen hat, nicht jedoch der Bürgermeister der Gemeinde Mauterndorf, der gleichzeitig auch den Beruf eines Kommandanten des örtlichen Gendarmeriepostens ausübt. Obwohl es sich offensichtlich um einen Akt der Wiederbetätigung handelt, scheint - diesen Pressemeldungen zufolge - der zuständige Gendarmeriepostenkommandant entgegen seiner gesetzlichen Pflicht diese nationalsozialistische Wiederbetätigung geduldet zu haben.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

A n f r a g e:

1. Entspricht es den Tatsachen, daß es zu derartigen Äußerungen bei einem Begräbnis in Mauterndorf gekommen ist?
2. Entspricht es den Tatsachen, daß - wie in den Pressemeldungen dargestellt - ein höherer Gendarmeriebeamter angesichts der Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz keinen Grund zum Einschreiten sah, obwohl der anwesende Geistliche demonstrativ die Begräbnisfeierlichkeiten verließ?
3. Wurde seitens der Exekutive eine diesbezügliche Anzeige an die zuständige Staatsanwaltschaft erstattet?
4. Wird seitens der zuständigen Behörden in dieser Angelegenheit ein Disziplinarverfahren gegen den betreffenden Gendarmeriebeamten eingeleitet und gegebenenfalls auch Anzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erstattet?

uerzahlung nur das erste Halb- jahr. Betragsmäßig macht diese insgesamt sieben Prozent eines Monatspension aus. Diese sieben Prozent errechnen sich aus der einprozentigen Erhöhung für sechs Monate (1.1.90 bis 30.6.90) und einer Sonderzahlung. Ausgelöst wurde diese Erhö-

Milizsoldaten wollen Reformen

Wien - Vor der heutigen Sitzung des Landesverteidigungsrats gab es vielfältige Kritik am Bundesheer. Die jüngst zu Tage getretenen Unzulänglichkeiten der zentralen Heeresbürokratie seien nur die Spitze eines Eisberges, der aus Unfähigkeit, Ignoranz und Überheblichkeit bestehe, meint Michael Schaffer von der Präsidentenkonferenz der Milizverbände. Die notwendige Heeresreform werde die „Nagelprobe“ für Minister Li- al: Der Minister werde den ch... über seinen eigenen Sprung... als ehemaliger Beam- tengewerkschafter... wagen müssen.

Schaffers Vorstellung zur Heeresreform sieht eine Verlagerung von Kompetenzen nach unten, zu den Militärkommanden der Länder, vor. Soldaten sollten besser bezahlt werden, Abfertigungsanspruch erwerben - aber nicht pragmatisiert werden.

Vizekanzler Josef Riegler warnte davor, die Verteidigungspolitik zur „Spielwiese für Scharlatane und Demagogen“ zu machen. Man müsse die konkrete Entwicklung in Europa abwarten, aber schon jetzt daran gehen, mögliche Varianten vorzubereiten.

Haider zieht zurück

Der Obmann der FPÖ, die kürzlich eine Volksbefragung über das Bundesheer angekündigt hatte, erklärte gestern, die FPÖ stehe uneingeschränkt zum Landesverteidigungsplan mit der allgemeinen Wehrpflicht und dem Milizsystem. Eine Volksbefragung würde Jörg Haider FPÖ nur dann befürworten, wenn die Bundesregierung diesen Landesverteidigungsplan aufgibt. (APA)

Keine Garantie mehr für reines Wasser

Wien - In der ZIB 1 schlugen gestern die österreichischen Wasserwerke Alarm: die Reiz-

sten, da diese durch Einsparungen in den Ministerien auf-

ÖGB-Vizepräsident Rudolf Nürnberger begrüßt die Erhö-



Nazi-Sprüche vertreiben Pfarrer von Beerdigung

Gerald Lehner

Mauterndorf - Die Ereignisse im Osten seien der Beweis dafür, daß man in Deutschland zwischen 1938 und 1945 recht gehabt habe. Der Verstorbene sei seiner Einstellung immer treu geblieben, obgleich die Rechtssprechung nach Kriegsende auf Seiten der Sieger stehe.

Offene Worte am offenen Grab. Der Kamerad von der SS-Traditionsgemeinschaft „Die Glasenbacher“ - eine Riege geistestreuher Ex-SSler, die im Lager Glasenbach interniert waren - spendet Tröstliches für die Trauergemeinde des Toten: Wolfgang Rest, Kunstschmied und Seniorchef eines Sportgeschäftes zu Mauterndorf im Salzburger Lungau.

Daraufhin verläßt Pfarrer Franz Zimmermann demonstrativ den Friedhof: „Das muß ich mir nicht anhören.“

Bürgermeister Peter Bliem, Trauergast und Postenkommandant der Gendamerie, sieht keinen Grund, gegen den „Glasenbacher“ einzuschreiten. Er kenne die Wiederbetätigungs-Paragrafen: Das sei nichts Außergewöhnliches gewesen. Deutsche Feriengäste dagegen sind empört: „Bei uns wäre so ein Redner längst vor Gericht.“

Wenn es um die braune Ver-

gangenheit geht, hat Dorfchef Bliem schon mehrmals eine eigene Art von liberaler Gesinnung bewiesen. In Übereinstimmung mit älteren Mitbürgern wehrte er sich, Hermann Göring die Ehrenbürgerschaft zu entziehen: Der Reichsmarschall und Kriegshetzer, Schloß- und Jagdherr auf Burg Mauterndorf, hatte dem Lungauer Bergdorf eine Wasserleitung auf Reichskosten zugeschanzt.

Vom Landeskommando bekam der Mauterndorfer Chef-Gendarm auf seine Äußerungen noch keine öffentliche Zurückweisung. Der Streit um die Ehrenbürgerschaft Görings erschütterte seit Monaten die nähere und fernere Umgebung - bis hin zu einer Meldung in der New York Times.

Bis zu drei Milliarden Schilling an Verwaltungsersparnis wäre durch eine Zusammenlegung der unterschiedlichen Pensionskassen und einer Auflösung der separaten Eisenbahnerversicherung zu erzielen. (er, hsp)

nierung“ ttern g Haider. I für die C fenexpor rium zu sei ihr nungshc

Brisante Temelin lag halbes Jahr in des Bundeskanzleramt

Johannes Wieser

Wien - Seit mehr als einem halben Jahr ist eine, selbst vom zuständigen Beamten als „hoch brisant“ bezeichnete Studie über den Standort des tschechoslowakischen Atomkraftwerks Temelin im Bundeskanzleramt schubladiert. Dieses Gutachten, es weist nach, daß Temelin der „in jeder Hinsicht ungeeignetste“ Standort in der CSSR ist, war im Mai 1989 vom Ersteller, Emil Malek, der österreichischen Botschaft in Prag übergeben worden.

Über das Wiener Außenministerium („Wir tungeren nur als internationaler Briefträger für alle Ressorts“) wurde die Studie am 5. Juni 1989 zum zuständigen Beamten im Bundeskanzleramt, Fritz-Werner Schmidt, „mit der Bitte um Unterrichtung über Inhalt und Argumente“ weitergeleitet. Der Beamte ließ von der 200 Seiten nur das Inhaltsverzeichnis und die Einleitung übersetzen, stuft die Studie als „hoch brisant“ ein, und unternahm nichts. In einem Gespräch mit dem STANDARD er-

klärt er: ten dar: an and cherheit hätte. U Überset 80.000 : schiene Auch Reakti sion, de selbst is informi diese- V den ka: Auftrag Greei deskan: dert, u QUENZ Schmid eine Se der Bea mit br umgeh Gerh Bunde: mit ein lungen quenze es bish überse: Begrür schaft! fährde:

Das Ende der alte

Beim heutigen Parteitag ringen gemäßigte mi

Paul Vécsei

Wien - „Neu Denken - Neu Handeln“. Unter diesem Motto ist der 27. Parteitag der KPÖ geplant, der heute, Freitag, im Austria Center in Wien-Kagran beginnt. Schon vorher sieht sich die Parteiführung mit Neuerungen konfrontiert - mit ungeplanten allordings: Protestkundgebungen eigener Mitglieder sind vor dem Tagungsgebäude angesagt. Sie wollen einen offenen Parteitag, an dem alle interessierten Mitglieder zumindest als Zuhörer teilnehmen dürfen. Ein-

die Nominierung per Sekretärs-Vorschlag.

Dem unerwarteten Interesse der KP-Mitglieder sind nach Auskunft der Parteitagorganisation technische Grenzen gesetzt. Das Fassungsvermögen des Tagungsraums ist mit den rund 450 Delegierten, Gästen und geladenen Besuchern erschöpft. Einor möglichen Übertragung in den Nebenraum machen die „Steirer in Wien“ einen Strich durch die Rechnung: Sie bereiten dort ihren jährlichen Ball vor.

Die durch solche Realitäten eingeschränkte Parteiführung macht deshalb überall nach

schon (USP) schen nische reits : außecc Offe Au reich mus. gram nem : sten genh nisie: vom Fran: Recl.